

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 12/44. Jahrgang

Dezember 2013

Schutzgebühr: 0,40 €

Im Schutzschirm-Wahn

Kita teurer - Kürzung bei Vereinen - LaGa-Vergeudungen

Zum 1. Januar 2014 steigen die Kita-Gebühren um 8%; 100.000 Euro Mehreinnahmen pro Jahr will die Stadt damit erzielen. Daß sowohl SPD als auch Grüne in Wahlkampfzeiten versprochen, Kitas langfristig beitragsfrei zu halten, ist Geschwätz von gestern. Noch im Oktober hatte OB Grabe-Bolz vollmundig versprochen: aber an den Kindern wird nicht gespart. Pustekuchen. Auch dies ist eine Maßnahme im

Rahmen des „Schutzschirmes“, mit dem der Bevölkerung vorgegaukelt wurde, ihnen würde geholfen, mit dem sie allerdings nur weiter geschöpft werden. 6,5 Millionen Euro werden allein durch die maßlose Erhöhung der Grundsteuer Jahr für Jahr den Menschen aus der Tasche gezogen. Hinzu kommt die jetzt beschlossene Zweitwohnungssteuer, die vor allem Studierende betrifft, mit der die Stadt eine weitere Viertelmillion pro Jahr kassieren will.

Aber es wird auch gekürzt, gnadenlos: ob „Unvergeßlich weiblich“, der Nordstadtverein oder das „Zentrum für selbstbestimmtes Leben“ – die Zuschüsse werden gestrichen oder gekürzt, um 5.000, 12.000 bzw. 1.000 Euro. Gleichzeitig wird nicht nur durch die Zuschüttung der Unterführung

Inhalt:

Otto-Eger-Heim: Nazi-Ehrung bleibt	S.2
Zwei Jahre BI/DKP Veranstaltung	S.3
Prozeß Dennis Stephan/Klimagipfel	S.4
Wahnsinn-Methode/Griechen-Soli	S.5
Buchtipps: Kirchenrecht + Büchner	S.6
Kuba-Solidarität/Leserbriefe	S.7
Termine	S.8

in der Ostanlage das Geld mit vollen Händen rausgeschmissen. Für sage und schreibe 117.000 Euro wurde der Spielplatz Ecke Ostanlage/Neuen Bäume saniert und ausgebaut, ein Spielplatz der kaum genutzt wird. Und das alles wegen der Optik der Landesgartenschau.

Während die Regierenden ihre Untertanen nach Strich und Faden ausplündern, waschen sie ihre Hände in Unschuld und bezeichnen das üble Spiel, das sie treiben, als alternativlos. Sie beschließen die Rahmenbedingungen, die sie dann – „leider, leider“ – befolgen müssen. Und alle von Grün bis CDU - sind an diesem Schwindel beteiligt mit wechselnd verteilten Rollen als „Regierung“ und „Opposition“, sei es auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene. E.B.



Arbeitskampf im Einzelhandel: Süßer die Kassen nie klingen...

...erhofft sich der Einzelhandel vom Weihnachtsgeschäft. Es könnte in diesem Jahr aber hin und wieder gestört werden. Die Unternehmer haben einseitig den Manteltarif gekündigt und wollen den Beschäftigten u.a. die Zuschläge für die Abend- und Nachtstunden nehmen. Nachdem die Ladenöffnungszeiten fast voll frei gegeben wurden, wird das teuer für sie und sie wollen ihre Kosten abwälzen. Darüber hinaus weigern sich die Unternehmer noch immer, ein Angebot vorzulegen bzw. auf die Tarifforderungen von Verdi einzugehen. Die letzte Verhandlung wurde am 18.11. ergebnislos abgebrochen und auf Mitte Dezember vertagt. - Aber die Kolleginnen und Kollegen und Verdi sind kampfbereit.



Für Frieden und Sozialismus!



Otto-Eger-Heim: Nazi-Ehrung bleibt

Dies war die Antwort von OB Grabe-Bolz nach Abschluß entsprechender Beratungen aufgrund eines Antrags der Linksfraktion. Nach gemeinsamer Erörterung von Stadt, Uni und Studentenwerk ist man übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen: Otto Eger war ein ehrenwerter Nazi. Zwar hingte er 1934 mit Begeisterung ein Hitler-Bild im Studentenhaus auf und versprach, „daß auch weiterhin hier der Geist unseres Führers Adolf Hitler walten solle“, zwar bezeichnete es Eger auf einem Festakt, der mit einem dreifachen „Sieg Heil“ geschlossen wurde „als



vornehmste Aufgabe dem Volk nach dem Vorbild unseres Führers zu dienen“,

zwar dankte Eger 1942 „dem Führer und seiner Wehrmacht, daß sie Deutschland vor dem Hereinbrechen der bolschewistischen Flut bewahrt haben...“

und selbstverständlich war Eger Mitglied der NSDAP, doch dies alles, so wurde festgestellt, sei kein Grund, das Studentenheim umzubenennen.

In Kenntnis dieser (u. a.) Fakten

stellte Uni-Präsident Mukherjee (SPD) fest: „... ergaben sich keine Hinweise dafür, dass Otto-Eger öffentlich als Rechtsradikaler aufgetreten sei oder als überzeugter Nationalsozialist... gewirkt habe.“

Für einen Wissenschaftler eine befremdliche Schlußfolgerung – ob es an seinem Alter (Jahrgang 1973) oder daran liegt, daß er von Hause aus Anglistiker ist?

Auch daß bereits in den 80er Jahren eine Umbenennung gefordert wurde,

gilt nicht etwa als Beweis für die Dringlichkeit, sondern im Gegenteil: für die erneute Ablehnung. „Die Kritik werde nicht durch neue Belege untermauert, die speziell nationalsozialistische Verfehlungen erkennen lassen“,

heißt es im Schreiben der OB.

Nun ja, Eger hat keine Rassegesetze verfaßt (wie Kanzleramts-Minister Globke), er hat auch kein KZ gebaut (wie Ex-Bundespräsident Lübke). Prof. Dr. jur. Otto Eger war



Unifeier 1940: v.l. Gauleiter Sprenger, Prof. Otto Eger, Rektor Kranz (Rassenhygiene); Thema: "Rasse und Weltbild"

ein gewöhnlicher Faschist.

Da an dieser simplen Feststellung nicht zu rütteln ist, soll eine Tafel angebracht werden, die „relevante Hintergrundinformation zur Person Otto Egers und dessen Wirken beinhaltet“. – Wie beim Greif-Denkmal, wo der Skandal der Ehrung eines faschistischen Kampfgeschwaders mit Hilfe einer „Tafel“ übertüncht werden soll.

In der Wahrung faschistischer Traditionen ist Gießen Spitze. Erika Beltz

Worum geht es in der Ukraine

In der Ukraine wird wieder demonstriert (wie vor Jahren bei der „Orangen-Revolution“) und gehungert (von der Wirtschaftskriminellen Timoschenko). Und warum? Weil die Regierung sich weigert, im Zuge der „EU-Annäherung“ ein Abkommen zu unterzeichnen, das ihr notwendige Kredite verschafft hätte. Die hiesigen Medien sind darob hoch empört und bezichtigen Putin der Erpressung.

Über die Bedingungen dieses Abkommens vernimmt man nichts. Dabei geht es nicht nur um die Forderung, Timoschenko "zur ärztlichen Behandlung" ausreisen zu lassen.

Der IWF verlangt: die Ukraine soll die Gastarife für Privathaushalte verdoppeln, die kommunalen Dienstleistungen verteuern, Löhne und Renten einfrieren sowie Entlassungen im öffentlichen Dienst vornehmen.

Dafür also wird demonstriert?!

Mahngang am 9. November

Wie in jedem Jahr seit 1978 fand am 9. November in Gießen der Mahngang zum Gedenken an die faschistische Reichspogromnacht 1938 statt.



Etwa 200 Menschen waren dem Aufruf gefolgt und hörten an den historischen Gedenkstätten in Gießen die erläuternden Redebeiträge der veranstaltenden Organisationen

Den Abschluss bildeten wie immer die Kranzniederlegung und eine Schweigeminute vor dem Gedenkstein am Standort der ehemaligen Synagoge vor der heutigen Kongresshalle. Umrahmt wurde die Kranzniederlegung von dem aus Bulgarien stammenden Geiger Georgi Kalaidjiev vom Stadttheater.

Wir machen auch im dritten Jahr weiter!

Die Bürgerinitiative "Stoppt diese Landesgartenschau" feiert ihr zweijähriges Bestehen

Am Samstag, den 23.11. fand im Dachsaaal des DGB Hauses die Feier der Bürgerinitiative „Stoppt diese Landesgartenschau“ (BI) zu ihrem zweijährigen Bestehen statt.

Der persönlichen Einladung folgten über 40 Mitstreiterinnen und Mitstreiter um gemeinsam dieses besondere Jubiläum zu feiern. In der Gießener Geschichte gab es noch nie eine BI, die über einen vergleichbar langen Zeitraum bestand.

Martina Lennartz, Sprecherin der Bürgerinitiative erinnerte in ihrer Begrüßung an die Gründung der BI vor zwei Jahren in der Kongresshalle in Gießen, in der sich die Kritiker des ökonomischen und ökologischen Frevels zum ersten Mal trafen um dagegen aufzutreten.

Es entstand die BI, die mit vielen Aktionen, Infoständen, Kundgebungen und weiteren Veranstaltungen

dazu beitrug die Gießener Bevölkerung aufzuklären, zu informieren und Bürgerbegehren zu initiieren...



Nach einem Film (der die Geschehnisse mit Zeitungsausschnitten, Filmbeiträgen musikalischer Untermalung sehr anschaulich dokumentierte) wurde das Buffet eröffnet und man hatte die Gelegenheit sich an den ge-

schmückten kleinen Tischgruppen auszutauschen, zu diskutieren und sich einfach mal zu amüsieren. Michael Beltz unter-

hielt die Anwesenden mit einer sehr humorvollen kabarettistischen Einlage. Durch Stellwände mit Fotos, Ordnern mit Pressemitteilungen und der Chronikan den Wänden waren viele Aktionen und die Stimmung präsent.

Alle waren sich einig, gemeinsam weiter zu machen und das dritte Jahr mit weiteren Aktionen zu füllen. Selbst Mitstreiter, die sich aus den verschiedensten Gründen etwas zurückgezogen hatten, sind wieder motiviert und sehen ihre Aufgabe wieder aktiv zu werden, statt dem Frevel unkommentiert zuzusehen.

Das ist auch nötig, denn weitere Umweltschäden seitens der Stadt sind geplant. Nachdem die Kaninchen frettiert und vernichtet wurden, ist jetzt eine Abfischung des neuen Teiches geplant, ein weiterer „Gehölzrückschnitt“ und weitere Baumfällarbeiten am Schwanenteich. Wir dürfen gespannt sein, welchen weiteren Unsinn und Verbrechen sich die Regierenden noch einfallen lassen.

Pressemitteilung der BI (gekürzt)



DKP-Veranstaltung zur politischen Verfolgung unter Adenauer

Mehr als 200.000 Menschen – Rolf Gössner spricht von bis zu 500.000 – waren in der Adenauer-Zeit politisch verfolgt worden, weil sie sich gegen die Remilitarisierung eingesetzt haben. 10.000 waren zu teils langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Sie wurden bis heute nicht rehabilitiert und haben noch immer unter der Folgen dieser politischen Justiz zu leiden – z.B. durch Rentenminderung. Über dieses weitgehend verschwiegene Kapitel westdeutscher Nachkriegsgeschichte

führte die DKP eine gut besuchte Veranstaltung im Dachsaaal des DGB-Hauses durch, bei der auch die Zeitzeugen und Betroffenen Ingrid und Herbert Wils persönlich anwesend



waren. - Nach dem Film „Verboten Verfolgt Vergessen“ über den Kampf gegen die Remilitarisierung und die Verfolgung all jener, die die verfassungswidrige Wiederaufrüstung der BRD verhindern wollten, kam es zu einer spannenden Diskussion – moderiert von Michael Beltz. Ingrid (verurteilt zu 9 Monaten Gefängnis) und Herbert (verurteilt zu 64 Monaten Gefängnis) schilderten anschaulich, lebhaft und mit viel Humor, die damalige Zeit, ihre gefährlichen Aktionen, die dennoch Spaß machten, aber auch die bedrückende Schwere der Illegalität und des Knasts.

Prozeß gegen Dennis Stephan voller Ungereimtheiten

Seit dem 25. Oktober steht der Kreis- tagsabgeordnete der Linkspartei Dennis Stephan vor dem Landgericht, angeklagt wegen „versuchter schwerer Brandstiftung“. An den vier Verhandlungstagen, die bis Redaktions- schluß (1.12.) stattgefunden haben, war jedoch von dem Delikt selbst am wenigsten die Rede.

Hauptsächlich ging es um die physi- sche und psychische Verfaßtheit des Angeklagten, der seit Anfang Juli in der geschlossenen Psychiatrie ein- gesperrt war, keinen Besuch empfan- gen durfte und mit Handschellen in den Gerichtssaal geführt wurde. Daß Dennis Stephan seit Jahren hin und wieder auch psychiatrisch behandelt worden ist, war kein Geheimnis. Der bestellte Gutachter mußte wegen Befangenheit abgelehnt werden, weil er zum Untersuchungstermin mit seiner Lebensgefährtin erschienen war. Immerhin führte das dazu, daß Dennis Stephan umgehend auf freien Fuß gesetzt werden mußte und nicht mehr wie ein Schwerverbrecher vorgeführt wurde.

Bemerkenswert war die Aussage des Brandsachverständigen, der es für möglich hielt, daß – wie es die Vertei- digung darstellte – Brandursache ver- gessene Räucherstäbchen waren. Die hatten im Badezimmer zu einem „Ent- stehungs-/Schwelbrand“ geführt, der schnell gelöscht werden konnte, wie es im Bericht der Feuerwehr heißt. Schwere Brandstiftung?

Überhaupt blieben für die Prozeßbe- obachter viele Fragen ungeklärt. Wie ist es möglich, daß jemand mehr als drei Monate lang in der Forensik eingesperrt wird, wo ihm Besuche verwehrt und notwendige Folgeopera- tionen nach einem Unfall verweigert wurden? Wieso steht über diesen "Brand" am 30.6., der zu einem Großeinsatz der Feuerwehr geführt hat, keine Silbe in den Presseberichten der Polizei, wo sonst jede kleine Sachbeschädigung erwähnt wird?

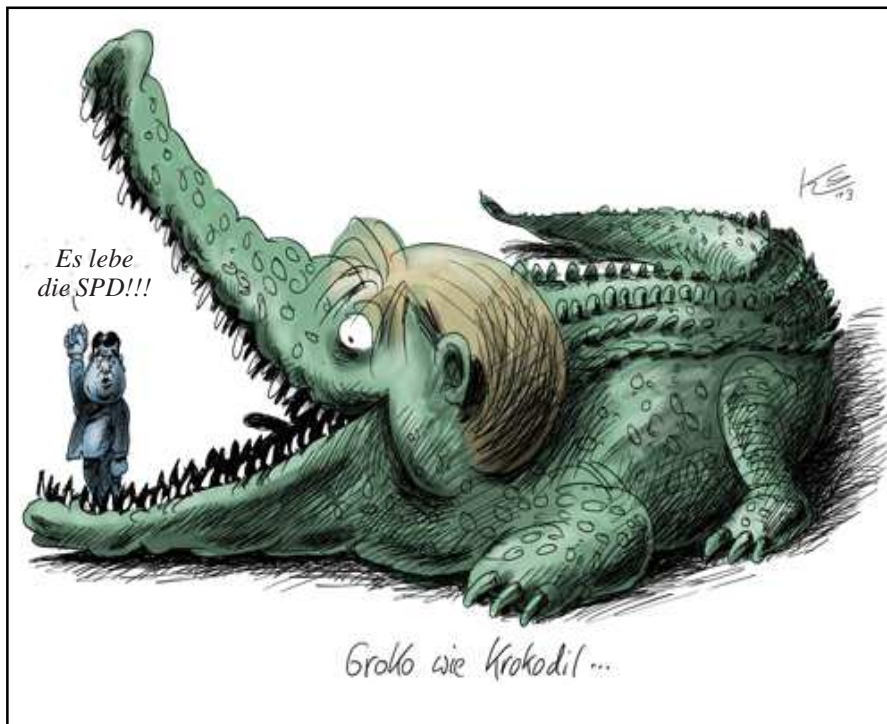
Warum steht auch über den Unfall von Dennis Stephan, der am 20. Mai von einem Auto überfahren worden war, kein Wort im Polizeibericht? Auch dies war ein Großeinsatz von Polizei und Feuerwehr, bis er unter dem Auto hervor geborgen und mit Rettungs- hubschrauber in die Klinik gebracht wurde. Soll hier etwas vertuscht wer- den? Es bleibt zu hoffen, daß diese Unge- reimtheiten im weiteren Verlauf zur Sprache kommen.



Klimagipfel in Warschau ohne Erfolg

In Warschau haben sich wieder einmal tausende Delegierte und Beobachter aus aller Welt zu einer Klimakonferenz getroffen. Herausgekommen ist wenig: 2015 will man sich wieder treffen und etwas beschließen, das 2020 in Kraft treten soll. Kanada und Australien setzen weiterhin auf Kohle und Öl, die USA steigern mit Gas- und Ölförderung mit Hilfe von Fracking den CO₂-Ausstoß. Für die armen Länder, die schon jetzt die Klimaveränderungen mit Überschwemmungen, stärkeren und häufigeren Stürmen und anderen Naturkatastrophen zu spüren bekommen, soll es finanzielle Hilfen geben, wer bezahlt ist nicht klar geregelt. So geht das jetzt schon seit zwei Jahrzehnten - es wird verhandelt, aber der CO₂-Ausstoß der Industriestaaten nimmt immer weiter zu. Die Regierungen handeln im Interesse der Konzerne, wirklich entschieden wird in deren Vorständen. Veränderungen wird es nur geben, wenn politische Gruppen gemeinsam mit der Umweltschutzbewegung viel größeren Druck auf ihre Regierungen ausüben. Großdemonstrationen für eine andere Klimapolitik – anders wird es nicht gehen

Gernot Linhart



Wahnsinn mit Methode

„Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode!“ möchte man mit Shakespeares Hamlet im Angesicht des alternden Kapitalismus' ausrufen. Die Europäische Zentralbank drückt den Leitzins auf ein historisches Tief von 0,25%. Alle, die wir aufgefordert sind, für das Alter (so wir überhaupt können) zu sparen, weil die Renten zukünftig kein Auskommen mehr gewährleisten werden, sind die Betroffenen. Bei einer Inflationsrate von ca. 2% erleiden Sparguthaben real deutliche Verluste. EZB-Präsident Draghi begründet die Leitzinssenkung damit, dass die Rezession noch immer anhält und nur billiges Geld die Unternehmen zum Investieren bringen kann. Aber natürlich investieren Kapitalisten nicht nur deshalb, weil sie sich billig Geld besorgen können, sondern sie wollen Profit sehen. So springt die Wirtschaft weiterhin nicht an, weder in Japan, noch in den USA und Europa. Das Geld der Banken fließt nicht in Wirtschaftsinvestitionen sondern in Vermögenswerte, in Aktien und Kunstwerke und in Spekulationsgeschäfte. Die Rettung der Finanzinstitute, so sie, wie zu erwarten, ins Koma fallen, wird dem Steuerzahler aufgehalst. Der Leitzins wird also weiter in Richtung null gedrückt werden. Das bedeutet Umverteilung von den Kleinsparern zu den Vermögenden. Man sieht, der Wahnsinn hat Methode. Der Gegenpol des Kapitals ist bekanntlich die Lohnarbeit. Dort grasiert zunehmend der Betrug mit den so

genannten Werkverträgen. Diese wurden früher im Randbereich der Wirtschaft eingesetzt, um Arbeiten aus dem Hauptgeschäft auszulagern, heute im Zweifel, um den Tarifvertrag zu umgehen. Seit vielfach für Leiharbeit Mindestlöhne gelten, werden diese mit Werkverträgen unterlaufen. Die IG Metall hat nun erstmals Zahlen veröffentlicht, um zu zeigen, wie weit sich dieses Krebsgeschwür in ihrem Bereich ausgebreitet hat. Für die Metall- und Elektroindustrie arbeiten inzwischen mehr als eine Million Menschen auf diese Weise irregulär für die Branche. Genutzt werden diese Verträge, um das Lohnniveau massiv zu drücken. „Aufgaben, die bisher von BMW-Arbeitern verrichtet wurden, werden nun an andere Unternehmen zum halben Lohn vergeben“, hört man aus dem BMW-Gesamtbetriebsrat. Auch Krankenhäuser und Kliniken gründen inzwischen Servicegesellschaften. Die Gewerkschaften versuchen da Gegen Druck auf die Koalitionsverhandlungen auszuüben. Mit Erfolg? Man wird sehen. Die Unternehmer fürchten, das könne möglicherweise zu Lasten der Gewinne gehen. Daimler sagt: „Was wir vergeben und was wir selbst erledigen, ist unsere ureigene unternehmerische Entscheidung“. Wir wissen: Im Spätkapitalismus gibt es nur eine Richtung der Umverteilung, von arm nach reich. Für die Masse der Menschen ist es Wahnsinn, für das Kapital hat es Methode. Klaus Mewes

Fakten zu Griechenland

40% der Griechen haben keine Krankenversicherung mehr, Medikamente müssen im Voraus bezahlt werden. Rentenkürzung von 50 bis 60%, 27% Arbeitslosigkeit, 62% der Jugendlichen ohne Ausbildung und Arbeit.

Griechenland-Solidarität

Das Griechenland-Solidaritätskomitee Gießen verurteilt aufs Schärfste die Erstürmung und Schließung des öffentlichen Fernsehens in den frühen Morgenstunden des 7. November 2013.

Die Feststellung, dass im Geburtsland der Demokratie mit staatlicher Gewalt ein öffentlicher Sender geschlossen wird, und das nur zehn Tage vor dem 17. November, löst in der europäischen Öffentlichkeit Entsetzen und unheilvolle Assoziationen aus. Vor 40 Jahren, am 17. November 1973, wurde der studentische Sender durch die damals herrschende Junta militärisch erstürmt. Zu bekannt ist in ganz Europa die Nostalgie, die eine gewalttätige Minderheit leider noch immer für den Faschismus empfindet. Auch Äußerungen einzelner Regierungsmitglieder zu den Ereignissen von 1973 und von 2013 beunruhigen demokratisch gesonnene Europäer.

Wir erklären uns solidarisch mit dem griechischen Volk und insbesondere mit den Beschäftigten von ERT, die, entgegen dem Beschluss des Obersten Verwaltungsgerichts vom 17. Juni 2013, nicht nur keinerlei Gehälter mehr bekamen, sondern auch in ihrer Arbeit behindert wurden, bis sie am 7. November mit Gewalt von ihren Arbeitsplätzen entfernt wurden.

Wir rufen die europäische Öffentlichkeit auf, ihre Solidarität mit der demokratischen Bewegung in Griechenland zu bekunden und sich gemeinsam dafür einzusetzen, dass autoritäre Regierungspraktiken in Griechenland und anderswo keine Chance haben.

**Sich wehren!
Partei ergreifen!**



Buchtipps: Loyal Dienen bei Caritas, Diakonie und Co.

Mit „Loyal Dienen“ legt die Diplom-Politologin Corinna Gekeler ein umfassendes Buch zum Thema Arbeitsrecht bei Caritas und Diakonie vor. An rund 50 Fallbeispielen werden die Allmacht kirchlichen Arbeitsrechts und dessen Verständnis deutlich. Es ist ihr Verdienst, diese Fälle aus ihrer individuellen Anonymität herauszuholen und anhand dieser Sammlung anschaulich zu verdeutlichen, wie kirchliche Einrichtungen losgelöst von jeglichem Arbeitsrecht Mitarbeiter und Bewerber diskriminieren, wobei sicherlich nur die Spitze des Eisberges sichtbar wird. Alleine diese Sammlung lohnt das Nachlesen und sollte die Auseinandersetzung mit dem sog. Dritten Weg positiv vorantreiben.

Ebenfalls sehr ausführlich wird die rechtliche Grundlage mit den Stichworten: Grundrechte, Dritter Weg, Kirchliche Bestimmungen und Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz dargelegt, so dass das Buch jeder Mitarbeitervertretung (MAV) bei Kirchen empfohlen werden kann. Der dritte Teil schildert die laufende Diskussion anhand zahlreicher Stellung-

nahmen verschiedener Parteien und Verbände.

Als Manko erscheint die Nichtbehandlung der Frage, wer denn ein Interesse am Status Quo hat. Ein Eingehen auf die Tatsache, dass weit über eine Million Beschäftigte bei Caritas und Diakonie z.B. in den Tarifauseinandersetzungen des öffentlichen Dienstes de facto nicht teilnehmen und diese Schwächung der Gewerkschaften natürlich auch Freunde hat, wäre wünschenswert. Ebenso der Hinweis darauf, dass nach Ablö-

sung des BAT durch den TVÖD nicht nur die Kirchen von der damals üblichen „Anlehnung“ an den Tarifvertrag abwichen, sondern auch andere Wohlfahrtsverbände und sog. freie Träger den Kirchen folgten und der TVÖD kaum noch außerhalb des eigentlichen öffentlichen Dienstes Anwendung findet.

Fazit: Das Buch ist sehr empfehlenswert und fruchtbar für die Forderung, dass die Sonderrechte der Kirchen im Arbeitsrecht endlich abgeschafft gehören.

H.R. (seit über 30 Jahren in mannigfaltiger Weise von der oben geschilderten Problematik betroffen)

Corinna Gekeler: **Loyal dienen**. Diskriminierendes Arbeitsrecht bei Caritas, Diakonie und Co., Alibri Verlag, 319 Seiten, kartoniert, Euro 22.-



Buchtipps: Von Hütten und Palästen

Die beiden Büchner-Jahre 2012 (175. Todestag) und 2013 (200. Geburtstag) gehen langsam zu Ende, einige Ausstellungen gibt es noch bis 2014. Was bleiben wird, sind mehrere Veröffentlichungen. Eine davon ist ein Büchlein von Brigitte Forßbohm „Von Hütten und Palästen – Georg Büchner und sein politisches Umfeld in Hessen“.

Die Autorin schildert zunächst die Gegensätze zwischen Büchners aufgeschlossenem familiären Umfeld, in dem die Ideen der französischen Revolution nachwirken, und der Enge des despotischen Kleinstaates Hessen-Darmstadt, dem verschwenderischen Leben am Hofe und der Armut der Bauern und Handwerker.

Einige Studenten und Akademiker, aber auch Handwerker und wenige Bauern wollten diese Zustände mit Gewalt ändern, es kursierten aufständische Lieder und Schriften.

Büchner, der zwei Semester in Gießen studierte, entwickelte in dieser kurzen Zeit erstaunliche Aktivitäten. Er gründete die „Gesellschaft für Menschenrechte“, schrieb den „Hessischen Landboten“ beschäftigte sich

intensiv mit der Revolution in Frankreich und begann mit der Niederschrift des Dramas „Dantons Tod“. Diese beiden Werke werden in dem Buch ausführlich behandelt. An Textbeispielen aus dem Drama wird verdeutlicht, wie Büchner versuchte, aus dem Scheitern dieser Revolution Lehren für die nächste Revolution zu ziehen.

Bekanntlich mußte Büchner nach der Verteilung des Landboten aus Hessen fliehen und hatte nur noch zwei Jahre zu leben. Das Buch endet aber nicht mit Büchners Tod. Im Weiteren wird der Einfluß seiner Weggefährten auf die weitere Entwicklung in Deutschland geschildert. Sein Gießener Freund August Becker, der in der sonstigen Büchner-Literatur oft negativ beschrieben wird, wird hier rehabilitiert. Für jeden, der sich für Georg Büchner, seine Zeit und die Folgen seines Wirkens interessiert, ist das Buch von Brigitte Forßbohm eine empfehlenswerte Lektüre.

Gernot Linhart

Brigitte Forßbohm: Von Hütten und Palästen, Edition 6065, 112 S., 9.90 Euro



Redaktionsschluß für das Jan.-Echo: Mo., 06.01.2014

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 15 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Ich möchte:

das Gießener Echo abonnieren

das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

Adresse:

e-mail:

Solidarität mit Kuba

Das Interview mit Theo Rüspler führte Michael Beltz

Michael: Theo, Du hast schon immer solidarisch zu Kuba gestanden. Nun haben in der UN-Vollversammlung USA und Israel als einzige Staaten gegen die Aufhebung der Blockade gegen Kuba gestimmt.

Theo: Ich finde es äußerst dreist, dass ausgerechnet die zwei größten Schurkenstaaten der Welt, sich so verhalten. Die USA hat als einzige Nation Atombomben abgeworfen und bringt heute ständig unschuldige Menschen mit Drohnen um. Israel hält seit Jahrzehnten das palästinensische Volk gefangen und verweigert ihm die Selbstbestimmung.

Michael: Du hast für Kuba gespendet und damit Schwierigkeiten bekommen.

Theo: Ja, meine IGM hatte Anklage beim LG-Frankfurt eingereicht wegen nicht korrekter Abführung meiner Tantiemen aus meiner Tätigkeit als Aufsichtsrat in der Buderus AG.

Unser mächtiger hessischer IGM-Betriebsrat Armin Schild aus Biebertal sah in meiner Solidaritäts-Aktion einen schweren Verstoß gegen meine Abführungsverpflichtung. Mit meiner Spende konnten Beatmungsgeräte im Wert von mehreren 10.000 Euro für eine Kinderklinik in Havanna gekauft und an der Blockade vorbei nach Kuba geschafft werden. Dass mehrere mittelhessische IGM-

Funktionäre, Ortsverwaltungs- und SPD-Mitglieder sich von den Tantiemen ihre Luxuskarossen kauften, blieb bis heute ungeahndet.

Zu meinem Glück gab es in der IGM-Spitze noch Funktionäre, die Verständnis zeigten. So konnte ich einen Vergleich schließen, der mich 9.600 Euro gekostet hat, für einen Rentner, der 10 Jahre ordentlich abgeführt hat, keine Peanuts. An dieser Stelle möchte ich mich noch einmal herzlich bedanken bei denen, deren internationale Solidarität sich nicht nur auf Sonntagsreden erstreckt. Ansonsten halte ich es weiter mit Willi Bleicher, dem ehemaligen Betriebsrat: „Die Einheitsgewerkschaft hüten wie einen Augapfel“.

Michael: Würdest Du auch heute so handeln?

Theo: Ja, ich würde es wieder tun, aber vorher versuchen, vom IGM-Vorstand ein OK zu bekommen. Meine Achtung vor dem kubanischen Volk, das vor dem Schurkenstaat USA trotz großer Behinderung und versuchter Erniedrigung nicht in die Knie geht, verdient meine uneingeschränkte Solidarität und Hochachtung. Von unserer neuen Bundesregierung mit SPD-Beteiligung erwarte ich ein deutliches Zeichen der Solidarität mit dem geschundenen kubanischen Volk.

UZ unsere zeit
sozialistische Wochenzeitung

**Woche für Woche
Antikriegszeitung**

Wochenzeitung der DKP

**10 Wochen
kostenlos testen**

CompressVerlag, Hoffnungs-
Str. 18, 45127 Essen



Leserbriefe

Parteiengerangel

Die Große Koalition ist für die SPD die einzige Möglichkeit im Gespräch zu bleiben, beachtet zu werden. Als Reserveplan für die Union ist die FDP lange Zeit gut gefahren. Aber irgendwann war auch dort das Profil weg und wo ist die FDP heute?

Gabriel sollte sich daran erinnern, wie schnell seine Partei von über eine Million Mitglieder auf nicht mal eine halbe Million geschrumpft ist. Die Union auch. Na und? Die hat ja das Reserverad SPD. Die SPD wird weiter zur Bedeutungslosigkeit sinken. Auf die Frischzellenkur durch die Linke zu hoffen wäre fatal. Denn von der wird ja dafür die totale Anpassung an die eigene inhaltliche Leere verlangt. Übrig bleiben werden die Union und die Grünen. Die Grünen haben das Wahlergebnis als das erkannt

was es war, eine Pleite und ziehen daraus ihre Schlüsse. Gut zu sehen in BW. Dort will eine Bildungsministerin der Grünen die gerade abgeschaffte Studiengebühren wieder einführen. Die Grünen bieten der Union was, die SPD unterwirft sich nur bedingungslos. An diesem Flamenschwert wird sich Gabriel nicht nur die Finger verbrennen. Er legt Feuer an die gesamte Partei. Wolfgang Seibt

Heldengedenktag

Die Berichterstattung und Zeremonien des so genannten Volkstrauertags selbst haben in Deutschland inhaltlich kaum etwas mit dem Sinn dieses Feiertage zu tun. Das Gegenteil ist der Fall und erinnert eher an den ehemaligen „Heldengedenktag“ und Verherrlichung des Militarismus. So wird durchgängig gesagt, dass von Deutschland nie wieder Krieg ausgehen soll. - Wie zynisch! In Wirklichkeit ist Deutschland seit dem Jugoslawienkrieg in den 90er Jahren an 42 Aus-

landseinsätzen beteiligt gewesen bzw. ist es noch. Dabei wurden weit über 100 junge deutsche Soldaten getötet. Verschwiegen wurde auch das Massaker der Bundeswehr bei Kundus in Afghanistan, wo über 100 unschuldige Zivilisten einschließlich afghanische Frauen und Kinder getötet wurden. Die Rüstungsexporte steigen rasant, in Schulen wird für die Bundeswehr geworben, Diktaturen werden militärisch geschützt und hungernde und vom Tode bedrohte Migranten militärisch fern gehalten. Von Ramstein aus sollen Kriege geplant und geführt werden und in Büchel lagern einsatzbereit US-amerikanische Atombomben. Die deutsche Gesellschaft wird zunehmend militarisiert, das müsste der Bundespräsident Gauck, die Redner und Organisatoren der Festveranstaltungen eigentlich wissen! - Oder wie sagte Bert Brecht: „Wenn die Oberen von Frieden reden, weiß das gemeine Volk, dass es Krieg gibt.“ Uwe Moldenhauer

Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung am 12. Januar 2014 um 10.00 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde

»Liebknecht kämpfte für uns alle«, schrieb Rosa Luxemburg, als man ihn nach der berühmten Maidemonstration 1916 auf dem Potsdamer Platz verhaftet hatte. »... Er hat gezeigt, dass man auch in Deutschland für seine sozialistische Überzeugung mit dem ganzen Menschen einsteht.«

Dieser Überzeugung, für die Rosa und Karl von der Reaktion ermordet wurden, fühlen wir uns unverändert verpflichtet. Wir gedenken ihrer mit unserer Demonstration im Rahmen der Luxemburg-Lieb-knecht-Ehrung am 12. Januar 2014. Es ist das Jahr, in dem sich der Beginn des Ersten Weltkrieges zum 100. Mal jährt... Wir brauchen keine Militärinterventionen. Nicht in Syrien, nicht in Mali, nicht im Iran. Nirgendwo. Wir brauchen keine Bundeswehrsoldaten in Afghanistan, in der Türkei oder andernorts. Wir brau-

chen keine Drohnenmorde und keine Rüstungsexporte. Wir brauchen keine zig-millionenfache Spitzelei durch NSA, BND und andere Geheimdienste, die die bürgerliche Demokratie zur Farce werden lassen. Wir brauchen keine Nazis und nicht deren in Krisenzeiten besonders gefährliche soziale Demagogie. Wir brauchen keinen Rassismus, keinen antimuslimischen, keinen Antisemitismus und keinen Antiziganismus. Wir brauchen keinen stetig wachsenden Sozialabbau, und nicht die damit einhergehenden Entwürdigungen von Millionen Menschen. Wir brauchen keine Rettungsschirme für Banken. - Wir - Linke verschiedenster Strömungen - demonstrieren friedlich gegen Kriege, für Menschlichkeit und Internationalismus - für eine solidarische, friedliche und sozial gerechte Welt. (Aufruf, leicht gekürzt)

Mit SDAJ und DKP nach Berlin

Aus Hessen werden DKP und SDAJ wieder gemeinsam einen Bus nach Berlin organisieren. Wann? 11./12. Januar Abfahrt Gießen: 11.01.14, 01:00 Uhr, Hauptbahnhof (Ankunft Berlin ca. 9 Uhr)

Sonntag, 10 Uhr, Demonstration, 15 Uhr Rückfahrt nach Gießen
Kosten? 50 € normal, 40 € ermäßigte Karte (ohne Eintrittskarte für Rosa-Luxemburg-Konferenz der "jungen Welt"). Möglich ist auch eine Hotelübernachtung. Die Kosten: 80 €, bzw. 39 €. Anmeldung bei Rainer Keil (0160-90244774) oder info@dkp-darmstadt.de. Infos auch hier: sdaj-giessenmarburg@gmx.de

JA zum Europa der Solidarität und des Widerstands gegen die EU!



NEIN zum Europa der Banken und Konzerne!

Liebe Leserinnen und Leser,

wir möchten zu Beginn des Neuen Jahres daran erinnern, die Abo-Gebühren zu überweisen und gleichzeitig um weitere Spenden bitten. Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Diese Bitte richtet sich auch an unsere On-line-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit. Wir erinnern: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden. Das Finanzamt erstattet 50% des gespendeten Betrages.
Sparkasse Gießen, Konto-Nr. 193070, BLZ 51350025

Es grüßt mit herzlichem Dank
Die Echo-Redaktion

UZ-PRESSEFEST VOLKSFEST der DKP

27.-29. Juni 2014

Dortmund

Revierpark Wischlingen

www.dkp.de

Das
größte
Volksfest
der
Linken!



Kauft den
Soli-Button zur
Finanzierung
des Festes



news.dkp.de / dkp-giessen.de

Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr, bei
den 3 Schwätzern